20

Vollsitzung des Bremer Arbeiter- und Soldatenrates

am 1. Februar 1919 im Konventsaale der Börse.

Tagesordnung:

1. Verordnung über die Wahlen zur bremischen Volksvertretung.
2. Bericht über die Beratung zur geplanten Reichsverfassung. Berichterstatter: Henke.
3. Bericht über die Verhandlungen betreffs Gründung einer nordwestdeutschen Republik.
4. Bericht der Siebenerkommission.

Vorsitzer: Lindau.

Eröffnung der Sitzung 7 Uhr 59 Minuten.

Vors.: Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, erteile ich dem Parteigenossen Groeger aus Oldenburg das Wort zu einer kurzen Erklärung, weil er gleich abreisen muß.

Groeger: Wir wollen gleich wieder abfahren zu der fliegenden Division nach Verden zwecks Verhandlungen. Ich wollte nur eins richtig stellen. Es ist heute ein Extrablatt von der „Bremer Nachrichten" herausgekommen, welches den Anschein erwecken kann, als wenn wir Oldenburger schon mit fliegenden Fahnen zur Division Gerstenberg übergegangen wären. Ich will nur richtig stellen: es ist nicht an dem. Wir stehen auf demselben Standpunkt wie Pool vom 9. A.-K. Wir sind nicht gewillt, zu gestatten, daß die Division in Bremen einrückt. (Bravo!) Wir stehen also hinter Ihnen. (Bravo!) Als Beweis dafür diene Ihnen folgendes Telegramm, welches wir an den Volksbeauftragten Noske in Berlin gesandt haben.

Noske Berlin

„A.- u. S.-Rat Oldenburg verhandelte heute mit Division Gerstenberg, auch mit Bremer Regierung. Aus- und Einlaufen der Handelsschiffe gesichert. Wahlen zur Bürgerschaft zum 2. März verbürgt. Ruhe und Ordnung herrscht in Bremen. Wir bitten, Division nicht in Bremen einrücken zu lassen, da ein furchtbares Blutbad ganz unvermeidlich wäre. Oldenburg, zwischen Bremen und Wilhelmshaven gelegen, hat bis jetzt Ruhe gehalten, wird aber in sehr schwere Lage geraten, falls es in Bremen zum Kampfe kommt. Wir sind fest überzeugt, daß unter unserer Mitwirkung in Bremen Ruhe gehalten wird. Wir bitten weitere Verhandlungsmöglichkeiten zu lassen und wenn die Erfolg haben, Bremen nicht zu besetzen.

A.- und. S.-Rat Oldenburg. gez.: Groeger. Behrens."

Das steht doch wohl in krassem Gegensatz zu dem, was das Nachrichtentelegramm Ihnen mitgeteilt hat. Ich bitte, davon Kenntnis zu nehmen und uns Oldenburger nicht mit Mißtrauen zu empfangen. Es ist ja eine berühmte Taktik unserer Gegner, den einen gegen den andern auszuspielen und so Mißtrauen zu säen. Das wollte ich Ihnen zur Kenntnis geben.

Vors.: Ich danke dem Parteigenossen für seine Mitteilungen.

Die Tagesordnung lautet:

1. Verordnung über die Wahlen zur bremischen Volksvertretung.
2. Bericht über die Beratung zur geplanten Reichsverfassung. Berichterstatter Henke.
3. Bericht über die Verhandlungen betreffs Gründung einer nordwestdeutschen Republik.
4. Bericht der Siebenerkommission.

Dann ist noch eingegangen ein Antrag, den Genossen Düe in sein Amt wieder einzusetzen, nachdem eine Kommission, die zu wählen sein wird, berichtet hat.

Ich frage, ob jemand gegen die Tagesordnung etwas einzuwenden hat.

Stockhinger: Ich stelle den Antrag, die Tagesordnung abzuändern in der Weise, daß zuerst ein Bericht über die politische Lage gegeben wird. (Sehr gut!)

Buchholz: Ich möchte an den Vorstand die Anfrage richten, wie es kommt, daß an der heutigen Sitzung die sogenannten Mehrheitssozialisten teilnehmen. Wir sehen u. a. Fauth hier. Ich möchte fragen, ob sie offiziell eingeladen sind und zu welchem Zwecke.

Vors.: Es ist das beschlossen in einer heutigen Vertreterkonferenz, die wir gemeinschaftlich mit Vertretern der Mehrheitssozialisten hatten, sie für heute zuzulassen. Die Frage, ob sie auch weiter bis zum Zusammentritt der Konstituante an den Sitzungen des A.- u. S.-Rats teilnehmen sollen, wird durch das Plenum entschieden werden müssen.

Buchholz: Der Beschluß, die Mehrheitssozialisten von unseren Beratungen auszuschließen, ist vom Plenum gefaßt worden, das Plenum muß dann auch beschließen, ob sie wieder zugelassen werden sollen.

Manthey: Die Bedenken, die Buchholz vorgetragen hat, lassen sich schnell beseitigen. Ich unterstütze den Antrag Stockhinger, damit uns von der Regierung ein Situationsbericht gegeben werde. Dann werden wir Klarheit über das erhalten, was Buchholz wissen will.

Der Antrag Stockhinger wird angenommen.

Bericht über die heutige politische Lage.

Henke: Parteigenossen! Sie sind ja im allgemeinen orientiert, worin der Ernst der gegenwärtigen politischen Lage hier in Bremen besteht. Wir haben auf der Tagesordnung den Punkt, daß ich Bericht erstatten soll über die Konferenz, die gestern in Berlin stattgefunden hat und die sich mit dem Verfassungsentwurf zu beschäftigen hatte. Auf dieser Konferenz wurde ich von dem Mitgliede der Regierung Noske im Auftrage der Regierung ersucht, einige Minuten aus dem Sitzungssaale herauszukommen zu einer Unterredung. Ich bin der Aufforderung gefolgt. Noske hat mir mitgeteilt, daß er von seinen Kollegen die Vollmacht bekommen habe, gegen die Unordnungen, die hier in den Unterweserorten Bremen und Bremerhaven, aber auch in Hamburg und Cuxhaven beständen, einzuschreiten, und er fragte mich, wie wir uns denn eigentlich speziell in Bremen unser Verhältnis zum übrigen Reiche dächten, da wir doch einen ganz besonderen Standpunkt einnähmen. Darauf sagte ich: Wir sind dafür gewesen, daß das Rätesystem über ganz Deutschland verbreitet werde, und wir haben große Hoffnungen gehabt, daß dies geschehen werde, und daß wir, um das zu erreichen, nur unsere Schuldigkeit erfüllt hätten. In der Voraussetzung hätten wir uns allerdings geirrt: das Rätesystem in Deutschland habe keine Fortschritte gemacht, sondern Rückschläge erlitten. Infolgedessen hätten wir uns in Bremen zu einem Kompromiß bereit finden müssen, das bekanntlich darin besteht, daß der A.- u. S.-Rat die Einberufung einer bremischen Konstituante beschlossen hat. Noske meinte, wie er aus einem Protokoll ersehen habe, handle es sich dabei nur um einen taktischen Zug, wir meinten es ja gar nicht ernst damit. Ich habe ihm geantwortet, es liege gar kein Grund vor für eine solche Annahme, und von einem Protokoll sei mir überhaupt nichts bekannt, aus dem das hervorgehe. Noske hat mir im übrigen gesagt, die Regierung habe ein großes Interesse daran, die Einfuhr von Lebensmitteln, wie sie von den Ententemächten in Aussicht gestellt sei, unter allen Umständen zu sichern, und zu diesem Zwecke werde er in der nächsten Zeit eventuell Truppen — er hat das nicht direkt gesagt, sondern nur angedeutet — nach hier kommen lassen, er werde unter allen Umständen die geeigneten Schritte tun, um das zu sichern, so drückte er sich aus. Da habe ich ihm gesagt, daß ich meinerseits natürlich keine bindende Erklärung abzugeben in der Lage sei, ich könnte nur für meine Person sprechen. Er möge Mitteilungen an die Regierung in Bremen richten, und die Regierung werde ihm dann offiziell antworten. Er hat mir dann aufs bestimmteste zugesagt, daß er ein solches Schreiben an den Rat der Volksbeauftragten abgehen lassen würde. Ein solches Schreiben ist aber inzwischen nicht eingetroffen. (Hört, hört!) Dagegen haben wir auf einmal aus der Presse vernommen, daß die Division Gerstenberg in Verden angelangt sei und was sich im übrigen ereignet hat, was Sie ja aus der Presse wissen. Wir haben natürlich hier sofort, als diese Dinge bekannt wurden, darüber beraten, und eine Abordnung von uns ist in der Nacht nach Verden gefahren und hat dort gefragt: Zu welchem Zwecke sind Sie hier? Darauf wurde uns von dem Bevollmächtigten des Stabes, Hauptmann Danner, erklärt: Wir haben den Auftrag von der Regierung erhalten, Ruhe und Ordnung in Bremen herzustellen. (Hört, hört!) Darauf haben wir gesagt, Ruhe und Ordnung seien in Bremen gar nicht herzustellen, solange in Bremen keine Unruhen und keine Unordnung beständen. Allerdings sei eine gewisse Unruhe entstanden, als bekannt geworden sei, daß Truppen hier in Verden angelangt seien. Es wurde dann erwidert, auf eine Diskussion könne man sich nicht einlassen. Sie hätten den bestimmten Auftrag, so und so zu handeln, man hat es mir schwarz auf weiß, wenn auch nicht vorgezeigt, so doch zum Teil vorgelesen.

Es ging daraus hervor, daß die Division Gerstenberg vor allen Dingen in Bremen einrücken und von den Arbeitern die Waffenabgabe erzwingen soll. Der Hauptmann sagte, darin sehe die Reichsregierung die Hauptsache, da in Bremen entgegen der Verordnung unbefugte Personen noch immer Waffen trügen. Diese Waffen müßten den Arbeitern von der Division Gerstenberg abgenommen werden. Wir haben natürlich darauf erwidert, daß ein solches Vorgehen nach unserer Meinung die größte Unruhe unter der Arbeiterschaft Bremens hervorrufen müsse. Die Arbeiterschaft Bremens würde sich auf keinen Fall dazu zwingen lassen. Darauf sagte uns der Hauptmann, wir hätten doch einen genügenden Einfluß auf die Arbeiter und würden sie dazu bestimmen können. Darauf wurde von uns gesagt, die Arbeiter seien doch keine Soldaten, das dürfe man doch nicht vergessen, und man dürfe nicht annehmen, daß sie einfach solchen Rat befolgen würden. Und die Arbeiter würden das jetzt umsoweniger tun, weil sie sich sagten, daß ihre Gegner gerade jetzt vor den Toren der Stadt stünden. Als Grund für das Zugeständnis der Abgabe der Waffen könne dann auch vielleicht angenommen werden, daß die Arbeiter anscheinend doch Furcht hätten, was aber nicht begründet sei. Es wurde noch lange hin und her verhandelt, und es wurde uns schließlich immer wieder erklärt, jedenfalls laute der Auftrag, den die Division erhalten habe, dahin, diese Waffen müßten unbedingt der Division übergeben werden. Wir haben versucht, den Herren klar zu machen, daß wir doch einige Zeit gebrauchten, um zu verhandeln. Darauf wurde uns von den Herren gesagt, die Division hätte nur die Aufgabe erhalten, so und so zu handeln, sie habe die Vollmacht, zu handeln, aber über den Termin sei nichts bestimmt worden, „die Aktion braucht nicht heute oder morgen erfolgen, das steht bei uns." Es wurde zwar keine bestimmte Zusage gemacht, es wurde aber gesagt der Termin solle möglichst weit hinausgeschoben werden, wenn von Bremen aus in derselben Nacht nichts unternommen werde. Es waren aber schon Truppen links und rechts der Weser vorgeschickt — wie weit kann ich nicht sagen, ich habe darüber manches gehört, das hat ja aber mit der Sache nichts zu tun, und wir haben dafür auch keine sicheren Unterlagen, so daß ich etwas darüber sagen könnte. Die Auskunft, die wir erhalten haben, ist also sehr dürftig. Jedenfalls aber haben die Verhandlungen gezeigt, daß wir in der Leitung der Division Gerstenberg mit Männern zu tun haben, die absolut auf ihrem Schein bestehen; sie haben den Auftrag von der Reichsregierung und werden den Auftrag ausführen. Damit ist ganz bestimmt zu rechnen. Wenn etwas an dieser Sachlage geändert werden soll, so ist das nur dadurch möglich, daß die Reichsregierung der Division einen andern Auftrag gibt. Wir haben uns dem entsprechend mit der Reichsregierung in Verbindung gesetzt. Ich brauche die einzelnen Telegramme nicht zu verlesen, habe sie auch nicht hier, denn ich hatte ja keinen Auftrag, darüber zu berichten, sondern das ist erst eben beschlossen worden. Aber sie kennen die Telegramme ja aus der Presse. Wir haben durch Telegramme und Telephongespräche vor allem auch auf den Zentralrat einzuwirken gesucht, damit die Division zurückgezogen, mindestens aber der Termin ihres Eingreifens hinausgeschoben werde. Wir haben, wie Sie sehen, alles möglich getan, um Blutvergießen zu verhindern, das sicher eintreten würde, wenn die Division Gerstenberg ohne weiteres in Bremen einmarschieren würde.

Inzwischen sind aber auch von anderer Seite Schritte unternommen, um die Ausführung des Auftrags an die Division Gerstenberg unmöglich zu machen bzw zu inhibieren. Es ist vor allen Dingen zu sagen, daß Bremen von Hamburg unterstützt werden soll. Sie haben wohl gelesen, daß der Hamburger Soldatenrat nach hier telegraphiert hat, daß, falls die Truppen nicht zurückgezogen würden, das ganze 9. Armeekorps mobil gemacht werden wird, daß auch die ganze Arbeiterschaft Hamburg bewaffnet werden soll, und es ist ein Telegramm vom Obersten Soldatenrat in Hamburg an Noske abgegangen, in dem er zur Zurückziehung der Division Gerstenberg aufgefordert wird, da ein Blutbad unter allen Umständen vermieden werden müsse.

Genossen! Noch heute abend wird eine Abordnung von Hamburgern und Oldenburgern mit Bremern hinaus nach Verden fahren, um aufs neue mit dem Stabe der Division Gerstenberg zu verhandeln. Dieser Abordnung wird sich anschließen auch eine Abordnung der Mitglieder des A.- und S.-Rats, soweit sie der Partei der Mehrheitssozialdemokraten angehören. Das ist so zustande gekommen. Eine Abordnung von Oldenburgern, von Genossen, von denen schon anfangs bei Richtigstellung des Flugblattes der „Bremer Nachrichten" die Rede gewesen ist, hat sich mit uns und mit der Division Gerstenberg in Verbindung gesetzt, und es wurde von ihnen — besonders vom Genossen Groeger — vorgeschlagen, die Arbeiter sollten ihre Waffen in Depots niederlegen, und die Oldenburger wollten dafür sorgen, daß von ihrem Militär — ob von Kavallerie oder von Artillerie oder von Infanterie, das ist gleichgültig, — die Waffen bewacht, also unter neutralen Schutz gestellt werden. Die Oldenburger betrachten sich als Neutrale, da sie ihren Wohnsitz zwischen Wilhelmshaven und Bremen haben. Sie sind aber insofern an der Ordnung der Dinge in Bremen interessiert, als, wenn die Division Gerstenberg in Bremen einmarschiert, das zweifellos gewisse Folgen für Oldenburg und Wilhelmshaven nach sich ziehen wird, es würde manches erfolgen, wovon sich die Oldenburger nichts gutes versprechen. Dann haben

die Oldenburger weiter gesagt: Wir gehören den Mehrheitssozialisten an und sind der Meinung, ihr solltet so schnell wie möglich in unserem Sinne auf die Arbeiter einwirken. Dann haben wir Mitglieder des Rates der Volksbeauftragten und auch noch einige Mitglieder der Kommissariate nach kurzer Ueberlegung beschlossen, wir wollten sofort dafür sorgen, daß die Arbeiter in den größten Betrieben Bremens zusammentreten, um in dieser wichtigen Frage Beschluß zu fassen. Es wurden Versammlungen angesetzt auf ein, zwei und drei Uhr, und an allen Versammlungen sollte je ein Vertreter vom Rat der Volksbeauftragten und der Oldenburger Deputation teilnehmen. Diese Versammlungen haben stattgefunden, und es ist mir darüber berichtet worden, daß die Arbeiterversammlungen sich im wesentlichen damit einverstanden erklärt hätten, daß die Waffen an die 75er abgeliefert werden, die 75er übernehmen den Sicherheitsdienst in der Stadt. Ich habe hernach noch ergänzend dazu gehört, daß die Arbeiter der Aktien-Gesellschaft „Weser", der Atlas-Werke und der Hansa-Lloyd-Werke sich zunächst zum größten Teile hinter die jetzige Regierung in Bremen gestellt haben und im übrigen in der Waffenfrage dem zugestimmt haben, was die Oldenburger und Pool aus Hamburg vorgetragen haben. Und, Genossen, dann haben wir weiter uns gesagt, als wir uns darüber schlüssig machten, dann müßten wir noch ein übriges tun und Verbindung suchen mit den gewählten Mitgliedern des A.- u. S.-Rats, soweit sie den Mehrheitssozialisten angehören, und mit ihnen über die Sachlage sprechen. Wer durch das Telephon und auf andere Weise von ihnen zu erreichen war, wurde durch Brauckmüller eingeladen zu einer Sitzung auf heute nachmittag im Rathause.

An der Hand eines Artikels des „Hamburger Echo", der gestern abend als Leitartikel erschienen ist, möchte ich Ihnen nun weiter schildern, was ist. Der Artikel trägt die Ueberschrift „Wollen wir vom Militarismus die Revolution erwürgen lassen?" In diesem Artikel wird ausgeführt — ich will es dem Sinne nach wiederholen: Der Militarismus schien tot. Er schien erlegen dem ungeheuren Ansturm der gewaltigen Einheitsfront der Arbeiter- und Soldatenräte in der Arbeiterbluse und im Soldatenrock. Dann aber trat ein Riß in dieser Front ein. Da wurde der Militarismus wieder lebendig. Die Parteien schossen aufeinander, und er schloß sich der einen Partei an. So wurde er gerufen. Die Gerechtigkeit verlangt, das zu sagen. Damit will das „Echo" den Standpunkt der Mehrheitssozialisten rechtfertigen. Das kann man verstehn. Davon will ich aber nicht weiter reden. Aber was das Wesentliche ist, es wird in dem Artikel wieder ausgeführt: Der Militarismus ist in Deutschland aufs neue erwacht. Es sind Freikorps gebildet für den sogenannten Ostschutz und Heimatschutz. In diesen Freikorps sehen wir wieder dieselben Leute, die wir früher im alten Militarismus gesehen haben, die sich dort breit gemacht haben, wir sehen die Leutnants mit dem Einaugglas wieder in die Erscheinung treten. Genossen, die nach Verden gefahren sind, berichten uns, daß sie dort in Verden schon viele Vertreter altadliger Namen gesehen haben. Was der Artikel sagt, bestätigt uns unsere eigene Erfahrung bei den Truppen, die Verden und Achim besetzt haben. Es heißt dann in dem Artikel des „Echo" weiter: Die Gefahr, diese Gefahr ist sehr groß. Diese Gefahr zeigt sich nach Meinung des „Echo" darin, daß die Regierung oder doch einzelne Genossen in der Regierung sich von geschickten militärischen Führern auf dem von ihnen betretenen Wege haben leiten lassen (Sehr gut!), sich haben verleiten lassen, für den Militarismus Funktionen auszuüben, die für die Sache der Revolution gefährlich werden können. Das wird in dem Artikel dem Sinne nach gesagt.

An einer anderen Stelle wird von dem Ostschutz gesprochen, und es wird gefragt: Wie steht es mit der Bolschewikigefahr? Auf derartige Fragen wird uns geantwortet: Fragt unsere aus der Ukraine heimkehrenden Truppen, die mit den Bolschewiki zusammengekommen sind, die werden euch sagen, daß es sich mit den Bolschewikis sehr gut verhandeln läßt. (Sehr richtig!) Was das „Echo" da ausspricht — das wird jeder zugeben, der den Artikel gelesen hat — steht in einem großen Gegensatz zu dem Artikel von Braun im „Vorwärts", der an den Bolschewikis kein gutes Haar läßt und einen dicken Strich zieht zwischen den Sozialdemokraten und den Bolschewikis. Wir unterschieden uns von ihnen nur in der Methode. Wir goutieren die Methode der Bolschewikis nicht, aber in den Zielen sind wir mit ihnen einig. Wir wollen lieber mit den Bolschewikis verhandeln, als wir mit dem neu erwachten Militarismus in Deutschland paktieren. (Sehr gut!) Das ist ziemlich wörtlich im „Echo" gesagt, was ich eben angeführt habe. In dem Artikel wird weiter ausgeführt, daß Noske insbesondere durch die Führung des Militarismus, der er sich überlassen hat, anscheinend ganz von den revolutionären Ideen abgekommen ist, die er bisher vertreten hat. Darüber wird allerdings in dem Artikel kein kritisches Wort gesagt. Weiter steht dann am Schluß des Artikels, daß Volk und Regierung jetzt ein gemeinsames Interesse haben, dafür zu sorgen, daß der Militarismus nicht wieder die Oberhand bekommt. Ich bin freilich der Meinung, daß man das anders ausdrücken sollte. Der Ausdruck „Volk" ist immer ein Ausdruck gewesen, den ich nicht geliebt habe, wenn es sich um Dinge handelt, die den Klassenkampf betreffen. Wir müssen sagen: das Proletariat hat ein Interesse daran, daß der Militarismus nicht wieder die Oberhand bekommt. Wir können dem „Echo" nur zustimmen in seinem Schlußsatz, daß der gemeinsame Feind, den wir alle

haben, der im Dienst des Kapitalismus stehende Militarismus ist. So schließt der Artikel. Es sind noch verschiedene Sätze in ihm verstreut, die die Ueberschrift rechtfertigen: Ihr dürft durch den Militarismus die Revolution nicht erwürgen lassen, sondern müßt dafür sorgen, daß die wirtschaftliche und politische Revolution weiter gefördert wird. Ich stimme mit dem „Echo" darin überein, daß wir es hier in der Tat bei der Division Gerstenberg mit dem neu erstandenen Militarismus zu tun haben, daß wir also die neue Gefahr des Militarismus in nächster Nähe haben. Und ist es Sache der gesamten Arbeiterschaft — es ist da nicht die Rede von den Führern, sondern von der ganzen Arbeiterschaft — daß sich alle zusammentun, um diese Gefahr von uns fernzuhalten. Besteht für uns alle eine solche gemeinsame Gefahr, so müssen wir auch gemeinsam der Gefahr gegenüber etwas tun. Ich meine mit dem „Echo": dieser gemeinsamen Gefahr muß man auch gemeinsam entgegentreten, ungeachtet aller Unterschiede, die uns sonst getrennt haben. Das muß geschehen nicht nur von den Kommunisten und den Unabhängigen Sozialdemokraten, sondern von der gesamten Arbeiterschaft, auch von den Mehrheitssozialisten. Wir haben uns mit ihnen über diese Fragen unterhalten, und selbstverständlich ist da zunächst auf beiden Seiten alter Groll hervorgebrochen. Aber am Ende hat doch die Vernunft gesiegt, und am Ende haben die Genossen von den Mehrheitssozialisten sich dazu verstanden, heute eine Abordnung nach Verden zu schicken. Wenn nun diesen Forderungen, auf die wir uns mit den Abordnungen der Oldenburger und Hamburger Soldatenräte festgelegt haben, Folge geleistet wird, werden von den bewaffneten Arbeitern die Waffen in Depots niedergelegt oder an die 75er abgeliefert werden, und dann wollen die Mehrheitssozialisten von der Regierung mit uns fordern, daß das Korps Gerstenberg nicht nach Bremen hereinmarschiert. (Bravo!) Das scheint sehr, sehr wichtig zu sein. Ich will mich nicht weiter über die Frage verbreiten, aber ich glaube, sie ist so einfach, so durchsichtig und klar, daß jeder die Antwort leicht finden wird. Wenn auch im einzelnen manches Trennende in unserer gegenseitigen Ueberzeugung vorhanden ist, so muß das alles doch in diesem Falle zurücktreten hinter dem Vorgehen gegen den gemeinsamen Feind. (Sehr richtig!)

Genossen! Wenn die Mehrheitssozialisten bereit sind, mit uns gemeinsam zu handeln, so glaube ich doch in Ihrer aller Namen zu sprechen, auch im Namen der kommunistischen Genossen und der U. S., daß wir das nur zu begrüßen haben. Wie im übrigen eine Einigung mit den Genossen von der Mehrheit weitere Fortschritte machen kann, darüber will ich keine Spintisiererei anstellen, darüber wollen wir uns nicht weiter unterhalten, dazu haben wir keine Zeit, sondern das wollen wir der Zukunft überlassen. Ich habe heute nachmittag gesagt und sage es auch hier: heute, wo wir einen gemeinsamen Feind haben — was allerdings von der andern Seite bestritten wurde, was aber nach meiner Meinung sehr bald sich als eine Wahrheit Ihnen allen aufzwingen wird — haben wir nur eine Aufgabe vor uns: ihn gemeinsam abzuwehren. Dann wird sich sehr bald ergeben, daß wir nicht nur diesem Feinde gegenüber gemeinsam zu handeln haben, sondern dann werden wir auch mit zwingender Notwendigkeit zu weiteren, ähnlich gemeinsamen Handlungen kommen. Das liegt auf der Hand. Für heute sind nun die betreffenden Genossen von den Mehrheitssozialisten, soweit sie in den Arbeiterrat gewählt sind, und soweit sie in der Eile zu erreichen waren, eingeladen worden zu dieser Sitzung. Und nun geht mein dringender Wunsch dahin, alles zu unterlassen in dieser Stunde, was irgendwie alte Wunden bluten lassen könnte, auf der einen wie auf der anderen Seite. Ich möchte bitten, daß man das unterläßt. Wir wollen heute abend nicht in aller Oeffentlichkeit verhandeln über begangene Sünden oder über Anschauungen, die wir jeder hatten zu unserm Teil, wovon der eine meinte, sie seien nicht das richtige gewesen. Das wollen wir heute abend nicht tun. Heute handelt es sich um eine gemeinsame Sache, um die Zurückweisung des gemeinsamen Feindes. Und Genossen, wenn die Genossen von der Mehrheit heute nachmittag gemeint haben in der Aussprache: Ja, jetzt kommt ihr uns in der Stunde der Gefahr! da haben wir entgegnet: Nicht in dieser Stunde der Gefahr für uns kommen wir euch, sondern weil ihr wie wir in Gefahr seid, weil es sich in der Tat bei diesem Militarismus um einen gemeinsamen Feind handelt. Das „Hamburger Echo" hat mit voller Berechtigung darauf hingewiesen, daß die militärischen Mächte, die die Reichsregierung in ihren Dienst gestellt habe gegen uns, morgen oder übermorgen die Ebert-Scheidemann wegfegen könne. Wenn die nur die Ebert-Scheidemann wegfegen können — manch einer von uns ist mit dieser Regierung nicht einverstanden, das dürft ihr von der Mehrheit uns nicht übel nehmen — dann ging es noch, aber viel wesentlicher wäre, daß damit die Reaktion wieder oben auf wäre. Und wenn wir durch unsere Schuld dazu beitrügen, dann wäre das ein Verbrechen an der Sache des Proletariats, wenn wir das nicht verhüten könnten. Und darum meine ich: wir müssen alles Trennende zurückstellen und das Gemeinsame hervorheben. Nun wird eine große Anzahl von Genossen heute abend noch nach Verden fahren und wird zunächst einmal dort mit dem Stabe noch einmal reden, daß Gerstenberg nicht einmarschiert, daß er noch mehr Zeit zu Verhandlungen gibt, die doch sehr schwieriger Natur sind, und gleichzeitig soll dann auch auf Berlin eingewirkt werden. Ich glaube doch, daß das einigermaßen Nachdruck

haben wird. Ich will nicht Optimist sein, will nicht Prophet spielen, ich behalte mir mein Urteil für mich, aber, Genossen, das wird keiner bestreiten können: wenn ein neues Einwirken auf die Reichsregierung noch überhaupt irgend einen Erfolg versprechen könnte, dann ist das zweifellos dadurch zu erreichen, daß wir hier gemeinsam handeln. Und, Genossen, ich habe die volle Ueberzeugung: wenn wir das erreichen, was wir damit zu erreichen hoffen, dann ist damit auch die Grundlage geschaffen zu einer weiteren Einigung, und dann ist damit nicht nur die Basis geschaffen zu einer weiteren Einigung, sondern dann ist auch nach meiner festen Ueberzeugung ein kleiner Bruch gekommen in das allzu große Vertrauen der Noske-Ebert-Scheidemann zu den Truppenmächten, die sie hier gegen uns geschickt hat. Und auch ein kleiner Riß gekommen ist in das Vertrauen der Genossen, die der Mehrheit angehören, das sie für die Ebert-Scheidemann-Regierung gehabt haben. Ich will kein Mißtrauen bei euch hervorrufen, ich will damit nur sagen, was ich mir verspreche von einem günstigen Ausgang unseres gemeinsamen Wirkens, was ich mir davon verspreche, daß wir weiter zu gemeinsamen Maßnahmen gezwungen werden, und daß unser ganzer revolutionärer Kampf dadurch in eine neue Phase eintreten wird. Wir werden in eine neue Phase getrieben werden dadurch, daß eine neue starke Kraft des Militarismus versucht, die Erfolge, die wir errungen haben, uns streitig zu machen. Das sehen die Genossen von der Mehrheit nicht nur darin bestätigt, daß das „Hamburger Echo" einen solchen Artikel geschrieben hat, sondern auch in der Haltung der Soldatenräte gegenüber der Kommandogewalt, der Grußpflicht usw. Also, Genossen, ich verspreche mir von einem gemeinsamen Handeln heute abend mancherlei. Das mag zu hoch geschätzt sein. Mögen Sie darüber urteilen wie Sie wollen: ich bitte trotzdem, meinem Vorschlage zu folgen, in Ruhe und in Einmütigkeit die Frage so zu erledigen, wie sie gestellt ist, und wie ich Ihnen geraten habe. Im übrigen steht die Sache so: Wenn die Truppen einmarschieren, dann kann es in der Tat zu einer sehr, sehr schwierigen Sache werden. Davon sind wir alle überzeugt: wenn die Arbeiter die Waffen nicht abgeben, wenn sie sagen: wir wollen sie nicht abgeben, wollen uns nicht entwaffnen lassen — ob das richtig ist oder nicht, ist eine Frage für sich — aber wenn die Arbeiter sich einmal so stellen, dann kommt es zu einem Zusammenstoß und einem Blutbade, und wenn dann gar noch Truppen von Hamburg und sonst woher kommen, dann droht eine große Schlacht, ein Blutvergießen, wie wir es überhaupt noch gar nicht in der Revolution gehabt haben. Das muß aus dem Wege geräumt werden, da müssen wir alle dafür eintreten. Und nun, Genossen, haben Sie selbst die Entscheidung darüber. Ich habe Ihnen keinen bestimmten Antrag vorzuschlagen, ich würde Sie aber bitten, wenn ein Antrag vorliegt, von einer Beschlußfassung abzusehen oder höchstens dahin zu beschließen, daß Sie einverstanden sind, daß in diesem gemeinsamen Sinne vorgegangen wird. Und ich darf die Hoffnung hinzufügen, daß diese Gemeinsamkeit von Erfolg sein möge! (Bravo!)

Vors.: Ich gebe Ihnen folgendes Telegramm bekannt, welcher die Arbeiterratsvertreter der Mehrheitssozialisten einstimmig beschlossen haben, und welches an Noske, an die Regierung und an Hauptmann Danner abgesandt worden ist:

„Die Arbeiterratsmitglieder der Mehrheitssozialisten ersuchen um Aufschub des Einrückens der Division Gerstenberg. Es besteht begründete Aussicht daß die Arbeiter die Waffen abliefern und unter die Aufsicht des Kommandos des 9. A.-K. stellen. Ruhe und Ordnung herrscht und wird aufrecht erhalten. Waigand"

Pool: Genossen! Ich will Ihnen eine Erklärung abgeben: Das „Bremer Tageblatt" brachte einen Artikel: der Hamburger Soldatenrat will die Lebensmittelschiffe am Auslaufen verhindern, und nennt uns hier die machthungrigen Männer an der Elbe und Erpresser usw. Außerdem sagt es, daß der Seemannsbund sich ebenfalls daran beteiligt und das Auslaufen der Lebensmittelschiffe verhindern wolle. Ich habe bereits heute und auch gestern hier immer wieder erklärt, daß wir es gewesen sind, die mit aller Macht darauf gedrungen haben, daß die Lebensmittelschiffe auslaufen sollen. In Hamburg waren es die Reeder, die es nicht zulassen wollten. (Hört, hört!) Gestern habe ich hier in Bremen die Erlaubnis erteilt, das Hartbrot an Bord zu geben, damit die Schiffe ausfahren können. In Bremen liegen sie seeklar. Ich habe das auch dem Hauptmann Danner erklärt. Nur weil Noske vor den Toren hier steht mit seinen Truppen, laufen die Schiffe vorläufig nicht aus. Sobald er seine Truppen zurückzieht, gehen die Schiffe in See. Es ist dies eine unrichtige Darstellung von dem, was wir in Hamburg und Bremen gemacht haben, und ich bitte um Richtigstellung. Es ist dasselbe Vorgehen wie mit den Oldenburger Kameraden. Die haben auf derselben Basis wie ich gestern abend verhandelt.

Vors.: Wir kommen zur Diskussion. Ich ersuche, den Ausführungen Henkes Rechnung zu tragen. Ich werde als Vorsitzender nicht zulassen, daß die Debatte in eine Schimpferei ausartet. Wortmeldungen bitte ich schriftlich einzureichen, damit der Redefluß eingedämmt wird, und weil Mitglieder anwesend sind, die ich nicht persönlich kenne.

Dannat: Parteigenossen! Alle die Maßnahmen, die wir haben treffen müssen, sind immer in dem Bewußtsein getroffen: es wäre ein Wahnsinn,

über das Bremer Proletariat ein Blutbad hereinbrechen zu lassen. Von diesem Gesichtspunkt aus sind alle Beschlüsse und alle Beratungen geleitet und geführt worden. Und, Parteigenossen, wir konnten es mit bestem Gewissen tun, weil wir der festen Ueberzeugung sind, wir Kommunisten, daß die Revolution, d. h. der endgültige Zusammenbruch der Bourgeoisie und des Militarismus, mit Naturnotwendigkeit ihren Weg nimmt. Parteigenossen! Die Tatsache, daß das „Hamburger Echo", das Organ der Mehrheitssozialisten, jetzt beginnt zu erkennen, was in Deutschland die Glocke geschlagen hat, ist bezeichnend für die augenblickliche politische Situation in Deutschland, weil die Tatsache, daß die Soldatenräte des gesamten Armeekorps in Protest stehen gegen die Regierung in Berlin, beweist, daß man zu erkennen beginnt, daß ein Teil der Berliner Regierung die Militärgewalt wieder in die Hände der alten Militärkaste hinüber leiten möchte. Und, Parteigenossen, das letztere ist für die Berliner Regierung notwendig, denn sonst kann sie den Militarismus nicht wieder auf die Beine bringen. Es ist notwendig, daß sie das tut, daß sie die Macht aus den Händen der Soldatenräte entwendet. Wenn die militärische Macht in den Händen der Soldatenräte liegt, kann niemals ein Kapitalismus in der Weise empor kommen, wie er empor kommen muß, wenn er überhand nehmen will. Und weil wir der festen Ueberzeugung sind, daß mit eiserner Notwendigkeit die Bourgeoisie diesem Zustande entgegen geht — es mag eine Zeit geben, wo das Bürgertum wieder nach oben kommt — wo es gezwungen ist, den arbeitenden Klassen eine ungeheure Menge Steuerlasten aufzuhalsen, mit Naturnotwendigkeit, um eben selbst als Kapitalismus leben zu können, denn der Kapitalismus bedeutet eine aufsteigende Linie der Mehrwerterzeugung, deshalb sind wir auch davon überzeugt, daß der Kapitalismus, um kämpfen zu können für seine Ziele, bestrebt ist, die militärische Macht wieder hinüber zu leiten in die Hände der alten Adelskaste, des eigentlichen alten Militarismus. Und weil wir diese Ueberzeugung haben, konnten auch wir im Augenblick diesen Schritt gehen und den Arbeitern sagen: Es ist ein Wahnsinn, jetzt ein Blutbad über uns ergehen zu lassen, wo das Proletariat noch erst in der Krisis ist, wo es erst beginnt, aufzuleben und zu sehen, was los ist in der Welt.

Buchholz: Genossen! Ich begrüße jeden Machtzuwachs, der uns im Kampfe um die Revolution hier zugeführt wird. Aber die Macht, die der Genosse Henke uns glaubt hier zugeführt zu haben, ist meiner Meinung nach doch etwas zweifelhafter Natur. Genossen! Die Abmachungen mit der Gerstenberger Division bedeuten weiter nichts als ein Kapitulieren, wie es Noske eben bloß haben wollte, nur, daß dieses Kapitulieren in eine andere Form gewickelt wird. Genossen! Was bedeutet das für einen Unterschied, wenn wir die Waffen in der Kaserne den 75ern ausliefern, oder die neutrale Truppenmacht soll diese Entwaffnung durchführen? Genossen! Wir haben erst den blutigen Krieg hinter uns, und bei Ausbruch des Krieges haben wir soviele neutrale Staaten und dergleichen gehabt, aber nachher, als der Kampf sich immer weiter entwickelte, da waren die Neutralen zu dämlich. Und genau so wird es auch hier so gehen. Wenn die politische Situation gegeben ist, dann werden auch diese neutralen Truppen meiner Meinung nach, wenn es notwendig ist, schließlich auch nicht hinter uns stehen. Also, Genossen, die Sache sieht so aus: wir haben kapituliert, die Waffen sollen abgeliefert werden, und das bedeutet den Zusammenbruch der Revolution in Bremen (Lachen.), bedeutet eine Preisgabe aller Errungenschaften, soweit wir sie zu verzeichnen haben, bedeutet also Preisgabe der großen Errungenschaften der Revolution. Da sollten wir doch ehrlich sein und sollten sagen: wir sind zu schwach, nehmt die Waffen hin, wir ziehen uns zurück! Aber bleiben Sie uns vom Halse mit Ihrer Neutralität. Genossen! Es ist soviel von dem Artikel im „Hamburger Echo" geredet worden. Man ist ganz Feuer und Flamme auf Grund dieses Artikels. Aber, Genossen: wir wissen ja gar nicht, unter welchen Umständen der Artikel entstanden ist, welche Veranlassung für das „Hamburger Echo" vorgelegen hat, diesen Artikel zu bringen. Ich erinnere daran, daß jetzt die Soldatenräte sich gegen die sogenannte Kommandogewalt, wie sie die Berliner Regierung nennt, wenden. Und weil dieses Noskesche Unternehmen auch eine militärische Sache ist, darum mußte allerdings das „Hamburger Echo" ganz logischerweise nun einmal einen Artikel gegen den gefahrdrohenden Militarismus loslassen. Das bedeutet aber noch lange nicht, daß nunmehr dieser Flügel der Rechtssozialdemokraten gemeinsam nun den Kampf mit uns gegen Noske-Ebert-Scheidemann aufnehmen will. Genossen! Henke hat uns nicht erklärt, daß die Bremer Mehrheitssozialisten, als er sie einlud, diese Expedition als feindlich betrachteten. Im Gegenteil, wenn ich richtig gehört habe, hat Genosse Henke gesagt, daß die Rechtssozialisten in Bremen gesagt hätten, das wären nicht Feinde (Oho!). Sie sehen also, daß die Sache noch gar nicht so glänzend steht mit der Mitarbeit der Mehrheitssozialisten, wie Henke uns erzählt hat. (Zurufe: Quatsch!) Uebrigens bestreite ich der Regierung das Recht, ohne Zustimmung des Plenums hier die Mehrheitssozialisten einzuladen. Dasselbe Plenum hat beschlossen, die vorläufig auszuschließen, und deshalb, meine ich, hätte nur dieses Plenum das Recht, einen derartigen Beschluß zu fassen. Daß Genosse Henke nun der erste gewesen ist, der heute nachmittag die Rechtssozialisten eingeladen hat, nimmt

mich weiter nicht wunder. Henke hat es verstanden — (Große Unruhe. Zurufe. Vors.: Ich bitte um Ruhe!) Henke hat gewissermaßen immer mit einem Auge nach rechts geschielt. Henke sagt: es kommt im Augenblick darauf an, unsere ganze Macht zu konzentrieren gegen diese gegenrevolutionäre Expedition. Aber wie steht es denn? Die Rechtssozialisten sind Gegner des Rätesystems, das haben sie nicht einmal, das haben sie hundertmal erklärt, und sie sind noch nicht von diesem Standpunkt abgekommen. Also, meine ich: müssen die Rechtssozialisten erst einmal erklären, wie sie sich ihr politisches Programm in Zukunft denken resp. ihre Mitarbeit mit uns zusammen. Ich meine: die Mehrheitssozialisten können nicht mit uns zusammen arbeiten, weil sie bis dahin kapitalistische Politik getrieben haben. (Oho!) Und da sollen sie jetzt auf Grund dieser Expedition kommen und sagen: wir wollen jetzt für die Revolution arbeiten? Von unserem kommunistischen Standpunkt aus sieht die Sache so aus (Widerspruch), daß mit Rücksicht auf die jetzige Lage ein Zusammenarbeiten der Kommunisten in der jetzigen Regierung und auch im Plenum gar nicht mehr möglich ist. Ich möchte also sagen: vor allem hat die Regierung kein Recht, hier jetzt ohne weiteres die Rechtssozialisten einzuladen, und wir im Plenum haben heute erst dazu Stellung zu nehmen, ob wir das wollen. Und dann sollen uns die Herren erst einmal erklären, wie sie sich das Zusammenarbeiten mit uns in Zukunft denken.

Vors.: Parteigenossen! Ich will nicht in den Fehler meiner Vorgänger verfallen, hinter jedem Redner her zu reden. Aber soweit ich die Sache überblicken kann, handelt es sich doch nur um Ihre Zustimmung zur Einladung der Mehrheitssozialisten zu dieser einen Vollsitzung. Hat jemand gegen die Zulassung der Mehrheitssozialisten für heute abend etwas einzuwenden? Ich lasse abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich aufzustehen. (Geschieht.) Das ist die große Mehrheit. (Lachen b. d. Kommunisten.) Lachen Sie nicht, sondern freuen Sie sich, daß, daß Ihre Auffassung bloß gegen vier Stimmen abgelehnt worden ist. (Plättner ruft: So ein Schafstall!)

Chemnitzer: Parteigenossen! Es ist mir eine große Freude, heute in einem großen Zuhörerkreise einmal die Stellungnahme der Mehrheitssozialisten in Bezug auf die Gerstenberg-Division klarzulegen. Ich muß vorausschicken, bevor ich näher darauf eingehe, daß ich mit dem Artikel des „Hamburger Echo" nicht einverstanden bin. Warum wir heute Stellung nehmen und warum wir uns einverstanden erklären mit dem Telegramm des Vorsitzenden? Weil wir auf keinen Fall eine Vereinbarung darin sehen, wenn heute einfach die Entwaffnung der Arbeiter der Werften vor sich geht. Wir haben keine Veranlassung, wenn auch den Rechtssozialsten das Recht zusteht, eine freie politische Meinung zum Ausdruck zu bringen, uns Truppen hierher zu wünschen, die ein Blutbad anrichten würden. Ich spreche im Sinne der Abmachungen, die wir heute getroffen haben: sobald sich die Konferenz der Werftarbeiter damit einverstanden erklärt, die Waffen abzuliefern, ist der Moment, wo wir auch dafür eintreten, daß die Regierung die Truppen zurückzieht. Das beweist auch das Telegramm. Ich glaube deshalb sicherlich, daß die Einigung zustande kommt. Dann liegt keine Gefahr vor, daß die Truppen nach Bremen kommen werden. Kommt die Einigung nicht zustande, bestehen die Arbeiter weiter auf der Bewaffnung, dann liegt die Schuld bei ihnen, dann handeln sie kurzsichtig, und dafür haben sie Rechenschaft abzugeben. Das ist die Erklärung, die ich abzugeben habe. Auf die Ausführungen anderer Redner einzugehen, hat keine Bedeutung.

Waldschmidt: Parteigenossen! Soweit die Ausführungen des Genossen Henke in Frage kommen, haben wir wohl nichts daran auszusetzen. Auch über die Abfassung einzelner Depeschen, worüber ja eine Reihe von Genossen schon geredet hat, will ich nicht weiter sprechen. Ich hatte gar nicht die Absicht, mich zum Worte zu melden, habe es aber doch getan, weil ich noch besonders betonen möchte, daß eine Einigung der ganzen Arbeiterschaft herbeigeführt werden muß, auch eine Einigung mit den Mehrheitssozialisten. Kollege Buchholz hat nach meiner Meinung nicht dazu beigetragen, sondern er hat noch Oel ins Feuer gegossen, anstatt das Feuer zu dämpfen. (Zuruf: Das sind wir ja gewohnt!) Mein Standpunkt und der Standpunkt sämtlicher Genossen, soweit sie Unabhängige sind, und auch von einem Teil der Kommunisten, geht dahin: Sind wir in der Lage, so wie es sich Buchholz denkt, der Division Gerstenberg einen Kampf zu liefern mit undisziplinierten Truppen? (Zurufe.) Soweit sie nicht militärisch ausgebildet sind? Ja, winken Sie nur mit der Hand! Das Winken nützt doch nichts. Kollegen, wir müssen doch zu der Ueberzeugung kommen, wie es in einem Kampfe werden würde, wenn wir mit Truppen kämpfen müßten, die drei bis vier Jahre an der Front gestanden haben, die technisch gut ausgerüstet sind ....

Vors.: Wir sprechen doch nicht über die Truppen.

Waldschmidt: Uns kommt es darauf an, zum Bestehen und Vertiefen der Revolution wieder eine Einigung unter der Arbeiterschaft herbeizuführen. Dies kann nur in dem Sinne geschehen, indem wir soviel wie möglich Parteihader, Parteipolitik beiseitelassen. Ich bin der Meinung, wenn wir das heute abend fertig bringen und im Verein mit den Mehrheitssozialisten die Entwaffnung der Arbeiterschaft in Bremen und die Ablieferung der Waffen an

das Regiment Bremen beschließen, resp. unter Aufsicht der Oldenburger wegen der Neutralität, und wenn wir so das äußerste abwenden, dann haben wir unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit getan. Es wird sich dann zeigen, ob die Regierung Ebert-Noske-Scheidemann für ihr Vorgehen andere triftige Gründe hat, oder ob die Militärpartei soviel Oberwasser bekommen hat, daß die Regierung nicht anders kann. Wenn dies der Fall ist, stimme ich der Erklärung zu, die das „Hamburger Echo" gebracht hat, die dahin zusammenzufassen ist, daß nicht allein die hiesige, sondern die gesamte Arbeiterschaft in Hamburg, Bremen und Cuxhaven gemeinsam vorgehen wird. Das wird nach den abgegebenen Erklärungen und nach dem Beschluß des Soldatenrats des 9. A.-K. für die Frage ausschlaggebend sein.

Fauth: Parteigenossen! Auf die Ausführungen des Genossen Buchholz will ich nicht eingehen. Ich will inbezug auf seine Ausführungen nur die Erklärung abgeben, daß wir es dem Genossen Buchholz vergeben. Wir sind nicht streitsüchtig, und wollen nicht streiten um solche Dinge. Wir wissen, daß wir zusammengehören, daß wir bisher zusammengehört haben und auch in Zukunft zusammengehören müssen. (Sehr richtig!) Das Trennende, was Buchholz hervorgehoben hat, sollten wir heute abend nicht hervorheben. Ich lege aber auf seine Ausführungen wenig Wert.

Genosse Henke hat Ausführungen des „Echo" zitiert und geglaubt, daraus den Schluß ziehen zu dürfen, daß zwischen den Mehrheitssozialisten und der Regierung Ebert-Scheidemann ein Riß bestehe. Dem können wir natürlich nicht zustimmen. (Hört, hört!) Wir werden trotzdem zur Regierung Ebert-Scheidemann stehen. Die Ausführungen, die das „Echo" gemacht hat, können wir trotzdem unterstützen. Wir können sie unterstützen, weil wir wissen, daß zur Inszenierung eines solchen Vorgehens der Regierung Umstände beigetragen haben können, die wir nicht in der Gewalt haben. Das „Echo" schreibt in dieser Beziehung:

> Wir sind gerecht genug, die Schuld an dieser Entwicklung nicht der gegenwärtigen Reichsregierung beizumessen. Ein unheilvolles Geschick hat die Verhältnisse bestimmend beeinflußt. Die Uneinigkeit des Proletariats hat diese Entwicklung eingeleitet, und die Unerbittlichkeit des Schicksals hat die Regierung auf dem Weg, den sie zweifellos zuerst sehr wider ihren inneren Wunsch beschritt, weiter und weiter gedrängt.

Das ist auch der Standpunkt Kautskys, den er in einem Artikel vertreten hat, ich glaube in der „Freiheit". Er hat da ausgeführt, daß die Reichsregierung wohl den guten Vorsatz hatte, dies und jenes einzuführen, daß sie aber durch die Bedrängung von links zu weit nach rechts gedrängt worden sei. Dies sei ein Zustand, der tatsächlich, nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis sich gezeigt habe. Es ist ja den Parteien nicht zu verdenken, wenn sie so vorgegangen sind, aber es läßt sich doch auch der Standpunkt vertreten, daß ein solches Vorgehen zu solchen Verhältnissen führt.

Ferner ist von dem Genossen Henke gesagt worden, daß die Division Gerstenberg den Auftrag hätte, Ruhe und Ordnung in Bremen wieder herzustellen. Von Ihnen wird nun der Standpunkt vertreten, daß in Bremen die Ruhe und Ordnung niemals gestört war. Soweit die Ruhe in Frage kommt, können wir alle schließlich zustimmen, aber soweit die Ordnung in Frage kommt, kann ich dem nicht zustimmen, weil wir als Mehrheitssozialisten von diesem Parlament ausgeschlossen worden sind. Das war nicht in der Ordnung. Es sind noch verschiedene andere Dinge, die ebenfalls nicht in der Ordnung waren, — ich will aber nicht darauf eingehen, weil ich Ihre Zeit nicht allzusehr in Anspruch nehmen will. Wir haben blutenden Herzens zugesehen, wie sich die Entwicklung vollzog. Wir haben gewußt, daß es so kommen werde, wie es gekommen ist. Wir haben aber ein Interesse, ein außerordentlich großes Interesse daran, zu retten, was noch zu retten ist, und vor allem, weiteres Blutvergießen zu verhindern. Das Blut ist viel zu kostbar, als daß es vergossen werden dürfte. Mit blutendem Herzen haben wir der Entwicklung zusehen müssen. Jetzt begrüßen wir es, daß wenigstens der größte Teil von Ihnen zu der Einsicht gekommen ist, daß sie mit den Mehrheitssozialisten zusammenarbeiten müssen. (Beifall u. Widerspruch.)

Manthey: Werte Parteigenossen! Wir stehen heute vor der Stunde, die nicht nur die Parteigenossen der U. S., sondern auch ein großer Teil der Kommunisten herbeigesehnt haben. Wir haben in jeder Versammlung, in jeder öffentlichen Volksversammlung betont, daß es unbedingt notwendig ist, daß die Arbeiter sich unter einem Banner zusammenfinden müssen. Was ich eben sagte, damit wird sich jeder einzelne Kommunist einverstanden erklären. Die Stunde, die Arbeiterschaft unter einem Banner zu vereinen, ist jetzt gekommen. Genossen! Die Regierung steht heute vor der Frage: Wie komme ich aus dem Dilemma heraus, welches sich konstruiert hat durch den Aufmarsch der Regirungstruppen, die bereits vor den Toren Bremens stehen? Wir wissen, wir alle, daß wir dazu beigetragen haben, die Arbeiterschaft Bremens zu bewaffnen, weil das notwendig war im Interesse der Revolution, um die Errungenschaften der Revolution zu sichern. Aber, Genossen, es handelt sich heute um die Frage: Können wir, nachdem wir die Arbeiterschaft bewaffnet haben, den Kampf gegen die Reaktion — denn um einen solchen handelt es sich — aufnehmen oder nicht? Wir alle, die wir die Dinge etwas anders durchschauen als

diejenigen Parteigenossen im Saale wie Buchholz, der nicht ganz im Bilde ist, wir, die wir die Dinge so sehen, wie sie sind, daß vielleicht in Bremen, was wir alle vermeiden wollen, morgen ein kolossales Blutbad angerichtet wird, können diese Verantwortung in einer solchen Situation nicht auf uns nehmen. Darüber sind wir uns klar geworden. Wenn die Hamburger, wenn die Cuxhavener, die bekanntlich auf unserem Standpunkt stehen, wenn die Oldenburger und die Bremerhavener ebenfalls zu uns stoßen und uns ihre Hilfe zuteil werden lassen, dann würden wir genau derselben Ansicht sein wie Buchholz: wir würden alles tun, um zu verhindern, daß die Revolution erdrosselt wird, nicht nur die Revolution in Bremen, sondern die ganze Revolution, und würden gemeinsam mit Buchholz auf die Barrikaden steigen, um gegen die Truppen Noskes zu kämpfen und sie aus Bremen hinauszuwerfen. Aber die Dinge liegen anders. Nachdem uns von keiner Seite eine direkte Hilfe zugesagt worden ist, sind wir der Ueberzeugung, daß wir es nicht verantworten können, daß sich die bremische Arbeiterschaft in einen offenen Kampf gegen die Regierungstruppen einläßt, wodurch ein unheilvolles Blutbad angerichtet werden würde. Das können wir nicht verantworten, daß unseren Arbeitern die Knochen zerschossen werden und ihr Blut in den Straßen fließt, dazu ist es viel zu schade.

Vors.: Es wird darüber Beschwerde geführt, daß auf der Gallerie andauernd geraucht wird. Ich bitte, das zu unterlassen. Es ist schon neulich dadurch ein Brand entstanden. Wenn es nicht unterbleibt, werde ich die Gallerien räumen lassen.

Manthey (fortfahrend): Dieses Blutvergießen muß verhindert werden, auf einen Kampf mit den Regierungstruppen dürfen wir uns nicht einlassen. Dafür müssen wir die Verantwortung ablehnen. Wenn wir gegen die Elitetruppen, die die Reaktion uns gegenübergestellt hat, kämpfen wollten, würden wir eine Sünde auf uns laden. Wir haben alle Veranlassung, nach dem, was besonders in der Hauptstadt geschehen ist, es auf einen Kampf der Proletarier mit solchen Truppen nicht ankommen zu lassen. Ich bin fest davon überzeugt, daß auch der größte Teil der Mehrheitssozialisten, die heute abend hier anwesend sind, nachdem wir sie dazu eingeladen haben, auch bereit sein werden, dafür zu sorgen, die Regierung Ebert-Noske-Scheidemann zu veranlassen, die Truppen, die bereits vor den Toren Bremens stehen, wieder ins Jenseit zu befördern (Heiterkeit), woher sie gekommen sind. Parteigenossen! Ich bin davon überzeugt, nachdem wir in der Regierung mit Hamburg, Bremerhaven und Oldenburg verhandelt haben und wissen, daß die hinter uns stehen, wird sich die bremische Arbeiterschaft, indem sie momentan die Waffen aus der Hand gibt und sie in den dazu bestimmten Depots unterbringt, wo sie durch die drei Parteien paritätisch bewacht werden, — ich bin der Meinung, daß sich die Arbeiterschaft dadurch absolut nichts vergibt. Die Waffen sollen dort von den Mehrheitssozialesten, den U. S. und den Kommunisten bewacht werden. Wir haben, wenn wir darauf eingehen,, dadurch gewonnen, daß vielleicht 100 000, ja vielleicht 150 000 Soldaten hinter uns stehen, die bereit sind, gegen die Reaktion zu kämpfen.

Es hat ein Parteigenosse von der Mehrheit heute gesagt, es seien Freunde der Arbeiter, die hier vor den Toren Bremens stehen. Und von den Oldenburgern ist gesagt worden, sie seien Mehrheitssozialisten. Die Oldenburger haben uns aber gesagt, daß bei den Regierungstruppen nur Unteroffiziere, Feldwebel und Offiziere in Frage kommen. Wenn eine wohlorganisierte Truppe aber auch nur 1000 Mann stark wäre, so wären 2–3000 bewaffnete Arbeiter nicht in der Lage, diese wohlorganisierten Elitetruppen abzuwehren. (Sehr richtig! Zuruf: Es sind aber auch sehr viele junge Leute darunter!) Die Offiziere, die dabei sind, sind zum größten Teile Leute vom feudalen Adel, die echten Vertreter des preußischen Militarismus. Diese Pest breitet sich also wieder aus, und sie will auch in Bremen jetzt ihren Einzug halten. Und weil die Dinge so liegen, weil die Gefahr ohne Zweifel uns vor den Augen schwebt, darum müssen wir alle sagen: es ist notwendig, daß wir uns in dieser Stunde vereinigen, um diese Gefahr abzuwenden. Nehmen wir die Hand an, die uns von seiten der Mehrheitssozialisten dargeboten wird. Wir haben sie nicht gerufen, die Oldenburger Kommission hat es uns nahegelegt. Wir müssen jetzt einig sein und in Einigkeit zusammen arbeiten. Sie wissen alle, daß unter den Mehrheitssozialsten viele sind, die kein politisches Verständnis haben, die gar nicht wissen, um was es sich handelt, was auf dem Spiele steht. Ich will Sie nicht lange damit belästigen, aber feststellen muß ich doch, daß viele Mehrheitssozialisten keinen Schimmer davon haben, was sich jetzt in Deutschland abspielt. So liegen die Dinge. Wenn es sich nur um einzelne Personen handelte oder um parteipolitische Fragen, dann würde ich einer Einigung nicht das Wort reden. Es gilt aber eine große Gefahr von uns abzuwenden, und die ist nach meiner Ueberzeugung nur auf dem Wege einer Verständigung mit den Mehrheitssozialisten abzuwenden. Darum bitte ich Sie, sich zu überlegen, ob es geraten ist, unter diesen Umständen den Kampf gegen die Regierungstruppen aufzunehmen, oder ob es nicht richtiger ist, eine Basis zu suchen, auf der sich die drei Parteien einigen, um dann gemeinsam das Eindringen der Regierungstruppen und damit der Pest des Militarismus zu verhindern.

Vors.: Es ist von Schulz und Klawitter Schluß der Debatte beantragt. Angeschrieben sind noch sechs Redner.

Schulz: Ich habe das Gefühl, als ob über die Sache genug diskutiert wäre. Redebedürfnis ist ja noch da, und jeder, das sage ich allen Genossen, auf dieser und auf jener Seite, blamiert sich so gut er kann. (Heiterkeit.) Ich möchte darum Schluß der Debatte beantragen.

Plättner: Ich weiß, daß in dieser Bude ...

Vors.: Ich kann nicht zulassen, daß Sie unser Parlament eine Bude nennen. Im übrigen muß ich auch dem Genossen Schulz sagen, daß sich hier niemand durch seine Reden blamiert.

Plättner: Ich weiß, daß in dieser Stube ...

Vors.: Sie dürfen das Parlament auch keine Stube nennen.

Plättner: Ich weiß, daß in diesem Raume schon soviel gequasselt ist, daß er eine Quasselbude genannt werden kann. Aber es ist noch nie soviel gequasselt (Zuruf: Wie Sie selbst quasseln!), wie es heute abend geschehen ist. Was haben wir uns heute hier alles auftischen lassen müssen! Wir sollen Stellung in diesem Kreise zu den brennenden Fragen nehmen, und da interessiert uns gar nicht, was hier heute abend geredet worden ist, gegen und für den Kampf, der ausgebrochen ist, es interessiert uns auch nicht, welche Stellung die Mehrheitssozialisten eingenommen haben. Ich wollte nur betonen, daß die Ausführungen Mantheys nicht der Auffassung der ganzen kommunistischen Partei entsprechen. Wenn wir mit den Mehrheitssozialisten zusammen arbeiten sollen, so müssen sie uns erst genau sagen, was sie wollen. Wenn uns das nicht paßt, dann müssen wir kurzer Hand sagen: Wir sind geschiedene Leute.

Vors.: Darüber können Sie ja in einer kommunistischen Versammlung sprechen.

Der Schlußantrag wird mit 66 gegen 42 Stimmen angenommen

Henke (Schlußwort): Ich will nicht auf die Debatte zurückgreifen, sondern nur konstatieren, worauf es ankommt, nämlich die große Gefahr, die uns droht, abzuwenden. Es ist jetzt nicht der Augenblick, uns mit den Mehrheitssozialisten auseinanderzusetzen, das uns Trennende hervorzuheben, sondern uns zu gemeinsamer Arbeit zu vereinigen, das, was uns gemeinsam ist, in den Vordergrund zu stellen. Dies scheint auch von allen Anwesenden als richtig angesehen zu werden, denn bei der Abstimmung darüber, ob es den Mehrheitssozialisten gestattet sein soll, an der heutigen Vollsitzung teilzunehmen, blieb nur die Familie Buchholz sitzen. (Große Heiterkeit.) Daraus geht hervor, daß die große Mehrheit unserer Versammlung erkannt hat, warum die Arbeiter jetzt geschlossen gegen den gemeinsamen Feind vorgehen müssen. Ich bitte Sie, in diesem Sinne auch Ihre Entscheidung zu treffen, damit die Sache des Proletariats sich weiter in unserem Sinne entwickelt. Eine Revolution ist ein Prozeß, bei dem sich, ebenso wie in einem Kriege, manche Dinge vorher nicht übersehen lassen. Es lassen sich manche Dinge in einer Revolution nicht errechnen. Das eine aber glaube ich: wir können eines einigermaßen bestimmt errechnen, nämlich, daß eine Revolution das Proletariat in seiner Gesamtheit enger zusammenschweißen wird. Das Proletariat muß seine Klassenbewegung natürlich mit großen Zielen und mit dem Bewußtsein seiner Kraft und in der klaren Erkenntnis seiner Ziele führen. Die Verhältnisse drängen jetzt das Proletariat der ganzen Welt, sich zusammenzuschlagen, um mit seiner ganzen Kraft sein Ziel zu erreichen. So bin ich der festen Ueberzeugung, daß, wenn auch die Kommunisten, die Unabhängigen und die Mehrheitssozialisten von einander geschieden sind, die revolutionäre Entwicklung doch dahin gehen wird, daß der Gang der Revolution sie zusammenschweißen wird, daß wir auch nicht mehr getrennt marschieren werden. Wir wollen nicht darüber rechten, welche Anschauungen die richtigsten sind, die der Mehrheitssozialisten oder der Unabhängigen oder der Kommunisten — nach meiner Meinung sind es natürlich die der Unabhängigen — aber, Parteigenossen, wir wollen, daß heute abend nach außen hin die Einheit zum Ausdruck komme. Darum bitte ich Sie: Sie haben Schluß gemacht, bitte, lassen Sie in diesem Sinne die bedauerliche Debatte nicht wieder aufleben. Gehen wir geschlossen vor! Es gilt einem gemeinsamen Feinde geschlossen gegenüberzustehen. Nachdem wir mit dieser Sache eben Schluß gemacht haben, sollten wir heute überhaupt mit den Verhandlungen — ich kann nicht übersehen, ob die Tagesordnung es gebietet, unter allen Umständen in den Verhandlungen fortzufahren — Schluß machen. Ist das der Fall ... (Ruf von kommunistischer Seite: Wie steht es mit der Entwaffnung der Weißgardisten, wenn die Arbeiterschaft entwaffnet wird?) Das Bürgertum ist entwaffnet. (Ruf: Aber die Weiße Garde vor unsern Toren!) Genosse, wenn Sie die entwaffnen können, wenn Sie das Kunststück fertig bringen, dann will ich Ihnen gern einen Preis zahlen! Es ist aber nach meiner Meinung unter Umständen nicht bloß ein großer Irrtum, sondern ein Verbrechen, den Anschein zu erwecken von einer Macht und von Kräften, die nicht vorhanden sind. Es kann notwendig sein, den Arbeitern zu sagen: Die revolutionäre Bewegung läßt sich nicht errechnen, es ist nicht immer zu erreichen, was man erreichen möchte. Das kann man ruhig aussprechen. Aber man soll auch hinzufügen: Was wir jetzt nicht

erreichen, werden wir später erreichen. Die Revolution geht vorwärts, und wenn auch die Weiße Garde vor unseren Toren nicht überwunden werden wird, die Revolution geht doch vorwärts, wenn wir geschlossen den Kampf zu führen imstande sind.

Vors.: Parteigenossen! Sie haben gehört, daß drüben im Rathause die Vertreter der Mehrheitssozialisten mit dem Rate der Volksbeauftragten beschlossen haben, noch eine Deputation nach Verden zu schicken, und zwar unter folgendem Auftrage:

Abgabe der Waffen der Arbeiterschaft an das Regiment 75. Regiment 75 übernimmt die Sicherheit in Bremen. Der Rat der Volksbeauftragten sorgt für Ruhe und Ordnung und duldet in Bremen keine Regierungstruppen (eiserne Division). Lebensmittelschiffe werden nicht behindert, falls Noske sein Vorhaben aufgibt.

Ich bin der Meinung, wenn wir uns diesem Beschlusse anfügen, haben wir gezeigt, was wir wollen. Sollte Gerstenberg trotzdem noch wagen, einzumarschieren, sind wir der Meinung, daß wir einmütig unsern Mann stehen werden, nicht nur in Bremen, sondern auch im Bereiche des ganzen 9. Armeekorps. Ich bitte Sie, nehmen Sie diese Ermächtigung an. Wir wollen keinen Kampf. Sollte es wirklich zum Kampfe kommen, den wir nicht wollen, so wissen wir, was wir zu tun haben. Wer dafür ist, daß diese Ermächtigung angenommen wird, den bitte ich aufzustehen.

Die Mehrheit erhebt sich.

(Zurufe: Wir haben nicht verstanden!)

Vors.: Ich lese die Ermächtigung noch einmal vor. (Geschieht.)

Zur Geschäftsordnung Plättner: Parteigenossen und Genossinnen! Ich stelle fest, daß durch die Ausführungen Henkes und durch die Ausführungen anderer und durch die von Lindau die Debatte aufs neue eröffnet ist. (Lebhafte Zwischenrufe.) Lassen Sie mich doch ausreden. (Zuruf: Quatschen Sie doch nicht!) Zum andern liegt es in der Sache dieser Begründung begründet, daß wir über diesen Punkt noch einmal sprechen müssen, und wir sehen, daß hier schwerwiegende Entscheidungen . . . . . (Glocke)

Vors.: Das ist nicht zur Geschäftsordnung. Ich möchte feststellen, daß Henke das Schlußwort haben mußte. Es war deshalb richtig, eine bindende Erklärung abzugeben, um zu sagen, was wir wollen.

Zur Geschäftsordnung Bäumer: Es ist mir gesagt worden, daß eine der Bedingungen ist, daß die Waffen in Bremen bleiben und daß die Waffen dem Schutze des 9. Armeekorps unterstellt werden. Die Waffen selbst haben in Bremen zu bleiben. (Sehr richtig!) Bremen erhält den Schutz durch das 9. Armeekorps.

Vors.: Nach dieser Aufklärung können wir zur Abstimmung kommen.

Die Ermächtigung wird mit 103 gegen 30 Stimmen angenommen.

Vors.: Wir kommen dann zum 1. Punkt unserer Tagesordnung. (Schlußrufe.)

Dr. Künkler (zur Geschäftsordnung): Die Sache betreffend Wahlreglement ist ein Punkt, der rasch erledigt werden kann. Die Ausführung der Bestimmung beginnt bereits morgen, da hat es keinen Sinn, über die Sache erst in 8 Tagen zu verhandeln.

Bäumer. Ich bitte, über den Antrag auf Schluß abstimmen zu lassen.

Henke: Der Vorsitzer hat es unterlassen, jemand für und gegen den Antrag reden zu lassen. Ich will gegen den Antrag sprechen. Ich bin der Meinung, daß die Wahlsache erledigt werden muß. Ich hätte auch gewünscht, jetzt Schluß zu machen, aber das geht nicht. Es ist eine dringende Angelegenheit; morgen wird die Sache veröffentlicht werden, und da muß und kann man die Sache ohne Debatte heute noch erledigen, und dann machen wir Schluß der Sitzung.

Vors.: Wer dafür ist, daß der 1. Punkt der Tagesordnung noch erledigt wird, den bitte ich aufzustehen.

Die Mehrheit erhebt sich.

Verordnung über die Wahlen zur bremischen Volksvertretung.

Dr. Künkler: Parteigenossen! Die Vorlage ist bestimmt, den Beschluß der A.- und S.-Räte auszuführen, mit dem er den Rat der Volksbeauftragten ermächtigt, alsbald Wahlen zu einer auf Grund des allgemeinen, gleichen Wahlrechts beruhenden bremischen Volksvertretung auszuschreiben. Die Vorlage hat sich angelegen sein lassen, insbesondere den Grundsatz, daß die Wahlen auf dem allgemeinen Wahlrecht beruhen, zur Ausführung zu bringen. Sie hat deshalb bei der Voraussetzung des Wahlrechts jede Einschränkung abgelehnt und die Wahlberechtigung von keiner beschränkenden Voraussetzung abhängig gemacht. Insbesondere ist standhaft abgelehnt worden, eine Karenzzeit vorzuschreiben, weil darin eine Verletzung eines der Hauptgrundsätze des Sozialismus gefunden wird. Denn es ist klar, daß jede Beschränkung, die nur denjenigen

das Wahlrecht gibt, die eine bestimmte Zeit ihren Wohnsitz im Ort haben, eine wesentliche Beschränkung des Wahlrechts gerade der nicht besitzenden Klassen ist, da diese nicht so bodenständig sind, wie die bürgerliche Bevölkerung, so daß dieses zu einer dauernden Ausschließung eines größeren Teiles der Wählerschaft führen müßte. In dieser Richtung ist die Vorlage so fortschrittlich gehalten, wie überhaupt eine auf dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht beruhende Verordnung sein kann. Sie spricht dabei aus, daß alle deutschen Männer und Frauen wahlberechtigt sind, die das 20 Lebensjahr vollendet und ihren Wohnsitz im bremischen Staatsgebiete haben. Nur für die Wählbarkeit müßte die bremische Staatsangehörigkeit vorgeschrieben werden. Denn es wird nicht zu verkennen sein, daß der Gesetzgeber zum mindesten selbst dem Staate angehört, dem er die Gesetze zu geben hat. Aber auch in dieser Beziehung ist eine freiheitliche Bestimmung getroffen worden dahin, daß der zu Wählende, wenn er nicht die bremische Staatsangehörigkeit besitzt, wenigstens eine gewisse Zeitlang seinen Wohnsitz in Bremen haben muß, eine zweijährige Frist. Von den früher üblichen Ausschließungsgründen des Wahlrechts sind alle ausgeschlossen worden, die öffentliche Unterstützung, die Einstellung von Zahlungen, Konkurse usw. betreffen. Lediglich das, was selbstverständlich ist, ist geblieben: die Entmündigung, Vormundschaft, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Was das Verfahren der Wahl betrifft, so war es das Gegebene, die Vorschriften für anwendbar zu erklären, die für die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung gegolten haben. Es ermöglicht das, daß die Wahllisten, wie sie damals ausgelegt waren, beibehalten werden und nur die inzwischen eingetretenen Aenderungen zu berücksichtigen sind. (Fortdauernde Unruhe im Saale. Glocke. Zurufe: Wir verstehen nichts. Redner muß lauter sprechen.)

Vors.: Sie haben beschlossen, den Punkt heute noch zu erledigen. Jetzt laufen Sie weg und machen einen mordsmäßigen Krach. (Zurufe: Es ist nichts zu verstehen. Redner muß lauter sprechen.)

Dr. Künkler: Ebenso ermöglicht die Bezugnahme auf das Wahlverfahren der deutschen Nationalversammlung die Aufrechterhaltung dieses Wahlverfahrens auch für unsern Zweck. Das ist im wesentlichen der Inhalt der Vorlage entsprechend dem Beschlusse, der vom A.- und S.-Rat gefaßt worden ist.

Vors.: Die Vorlage liegt Ihnen gedruckt vor. Ich glaube, in Anbetracht der vorgerückten Zeit können wir es uns ersparen, in eine Spezialdebatte einzutreten.

Seitz: Parteigenossen! Das Wahlgesetz liegt vor uns. Ich brauche nicht zu betonen, daß wir mit einer großen Zahl der kommunistischen Parteimitglieder gegen die Ausschreibung einer solchen Wahl sind. Da das Gesetz aber vorliegt und angenommen werden muß, glaube ich zu § 2 Abänderungsanträge stellen zu müssen. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß das Wahlrecht vom 18. Lebensjahre an gewährt werden muß. Ich weiß, daß wir genau wie bei den Arbeiterratswahlen einen Fehlantrag stellen werden; die große Mehrheit wird auch heute meinen Antrag, das Wahlrecht auf das 18. Lebensjahr einzuführen, ablehnen. Aber wenn wir immer wieder und wieder mit dem Antrage kommen, sind wir gewiß, daß eines Tages auch bei den Leuten die Erkenntnis kommen wird, daß das Wahlrecht vom 18. Lebensjahr an eingeführt werden muß. Ich bitte Sie dringend, nehmen Sie unseren Antrag an.

Nun zu einem anderen Punkte. Ich meine, daß jeder, der wählen kann, auch gewählt werden kann, und ich stelle einen entsprechenden Abänderungsantrag, daß jeder, der wahlberechtigt ist, auch wählbar ist, und zwar vom 18. Lebensjahre an. Ich sehe nicht ein, warum für die Wählbarkeit ein anderes Gesetz geschaffen werden soll, wie für diejenigen, die wählen sollen. In diesem Sinne ist das Gesetz ganz und gar nicht fortschrittlich. Auch nicht in Bezug auf die Entmündigung, Vormundschaft und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Nach den Erfahrungen der Kriegszeit sind unter dem alten System soviele Leute entmündigt und der Ehrenrechte beraubt worden, z. B. Liebknecht, da muß eine Kommission eingesetzt werden, die alle diese Fälle zu prüfen hat, um nach Möglichkeit wieder gutzumachen.

Vors.: Zu diesem Gesetze liegt ein Antrag der Genossen Stockhinger und Seitz vor. Ferner ein Antrag des Genossen Fauth.

Zur Geschäftsordnung Rietschel: Ich möchte darauf hinweisen, daß wir, um in Bremen eine verfassunggebende Körperschaft einzuberufen, den Volksbeauftragten vollständig freie Hand gelassen haben, das Wahlrecht in dem Sinne auszugestalten wie es ihrer sozialistischen Auffassung entspricht. Unsere heutige Aufgabe kann nur darin bestehen, nach den Abmachungen, die wir damals getroffen haben, mit der Datumsfestlegung einverstanden zu sein. In Einzelheiten brauchen wir uns heute nicht einzulassen. Nachdem die Volksbeauftragten die Vorlage ausgearbeitet haben, sind wir gar nicht in der Lage, sie zu inhibieren, weil die Voraussetzung dafür fehlt.

Starker: Die ganze Vorlage ist das Produkt eines Kompromisses. Wir waren gezwungen, diese Vorlage einzureichen, und ich bin immer ein Befürworter gewesen, daß auch die Jugend vom

18. Lebensjahre an wählen soll. Aber weil es ein Kompromiß ist und weil, wenn wir das jetzt änderten, das ganze zusammenstürzen würde, deshalb bitte ich von dieser Aenderung abzusehen. Bei § 2 bin ich der Meinung, daß nachdem, was wir dazumal in der Kommission der Bankdirektoren vereinbarten, doch die Bestimmung gefallen ist, die einjährigen Wohnsitz vorsah. Da ist auch zugleich der Antrag gefallen auf zwei Jahre Karenz für die Wählbarkeit. In dem Moment erklärte der Bankdirektor Schröder, daß damit alles, was von seiten der Banken gefordert werde, bezüglich des Wahlrechts hinfällig wäre. Ich meine, daß wir das doch berücksichtigen müßten. Diese Bestimmungen sind nur durch irrtümliche Auffassung einzelner Mitglieder wieder hineingekommen. Sonst haben wir uns nur mit dem Wahltermin zu beschäftigen, und das ist der 2. März.

Husmann: Der Wahlgesetzentwurf hat im § 2 den Ausdruck „deutsche Männer". Das wird mehrmals betont. Wir haben damals eine Resolution angenommen, daß die Deutschösterreicher mit wählen sollten. Erweitert wurde die Resolution im Sinne der Völkerverbrüderung, daß alle Arbeiter wählen sollten ohne Unterschied der Nation. Ich weiß genau, der Genosse Starker hat es richtig bemerkt, dieses ganze Wahlgesetz ist ein Kompromiß, eine Blamage für die Arbeiterschaft. In einem sozialistischen Staate sollte es nicht möglich sein, daß man Arbeiter entrechtet, die gut genug sind, für den Kapitalismus zu arbeiten, aber ein Wahlrecht sollen sie nicht haben. Der Genosse Böhm hat gesagt, daß in Rußland jeder wahlberechtigt ist. Wir haben den Kapitalismus vor den Toren. Mir ist dieser Entwurf zuwider, es ist aber ein Produkt der Notwendigkeit. Es hat mich angewidert der Ausdruck „Deutsche Männer und deutsche Frauen". Darauf brauchen wir uns nichts einzubilden, darauf pfeife ich. Das Wahlrecht muß für jeden sein, der im Staate arbeitet.

Reimann: Genossen! Wir stehen auf dem Boden des Rätesystems. Wir sind international. Wir stehen auf dem Boden, daß jeder wahlberechtigt ist, und daß keiner eine Extrawurst haben soll. Bremische Staatsangehörigkeit oder zweijähriger Wohnsitz ist Unsinn. Es darf keine Auslese gemacht werden. Wir wissen genau, wie viel Genossen durch den Krieg verschleppt worden sind nach allen möglichen Gegenden, die jetzt nicht mehr die Möglichkeit haben, zu wählen. Ich bin entschieden dagegen, daß der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte hier maßgebend sein soll. Wie haben die Kapitalisten gewütet mit Vormundschaft und bürgerlichen Ehrenrechten. Das ist die bürgerliche Moral! Die muß entschieden abgelehnt werden. Das Kapital hat noch immer die Macht, aber schließlich muß es doch kapitulieren.

Fauth: Parteigenossen! Es wäre uns lieb gewesen, wenn das, was die Parteigenossen ausgeführt haben, hier in dem Entwurf gesagt worden wäre. Aber bewahrheitet es sich nicht vollkommen: Sie sind ein Teil von jener Kraft, die das Gute will und das Böse schafft! Hätte man früher eine solche Wahl ausgeschrieben, hätten wir allein das zu bestimmen gehabt, wie das Reglement aussehen soll. Daß man so lange gezögert hat, haben diejenigen verschuldet, die immer dagegen angegangen sind. Wir haben den Antrag eingereicht, daß die Karenzzeit von zwei Jahren wegfallen soll. Wir können nicht einsehen, daß man einen Unterschied macht; selbst wenn man die Staatsangehörigkeit ganz fallen läßt, braucht man nicht einen zweijährigen Wohnsitz einzuführen. Aber wie ich herausgehört habe, soll an diesem Zustande nichts mehr zu rütteln sein. Ich habe das vorhin gehört, und es ist wohl richtig. Es fragt sich: wie wir uns stellen wollen für die Zukunft, und wenn wir in Zukunft für dieses Parlament die Mehrheit haben, werden wir auch dieses ändern können (Sehr richtig!) Wenn wir in das bremische Parlament mit einer Mehrheit einziehen, bin ich sicher, dann wird auch der Antrag Seitz wegen des 18. Lebensjahres angenommen werden. Vorläufig lassen wir es beim 20. Lebensjahre bewenden. Wir müssen abwarten, wie es sich bewährt. Eine Aenderung können wir immer vornehmen.

Dr. Künkler: Ich bitte, der Vorlage keine weiteren Schwierigkeiten zu machen. Der A.- und S.-Rat hat doch beschlossen, den Rat der Volksbeauftragten zu ermächtigen, die Ausführung in die Hand zu nehmen, so daß die eigentliche Aufgabe der heutigen Versammlung ist, dem Rat der Volksbeauftragten Kenntnis von der Festsetzung des Wahltermins zu geben. Selbstverständlich können Abänderungsanträge gestellt werden. Aber ich möchte dringend bitten, dem weiteren Fortgang der Vorlage keine Schwierigkeiten zu machen. Es werden die Listen morgen ausgelegt, und ich bitte, von allen Aenderungen abzusehen. Das ändert ja nichts an unserem grundsätzlichen Standpunkte.

Wenn Sie soviel Wert darauf legen, daß das passive Wahlrecht geändert wird, so bitte ich zu bedenken, daß die Bestimmungen, die dem entgegenstehen, eigentlich nur formeller Natur sind. Die bremische Staatsangehörigkeit kann doch von einem jeden Deutschen einfach durch Antrag erworben werden. Die Voraussetzung dafür ist die Urkunde über frühere Staatsangehörigkeit, die Geburtsurkunde usw. Die Anforderungen, die an das passive Wahlrecht gestellt werden, sind doch nicht von der Bedeutung, wie sie beim aktiven Wahlrecht sind. Es ist dann hingewiesen worden auf den internationalen Standpunkt. Da muß ich hinweisen, daß es sich um eine Volksvertretung handelt in einem Staate,

der doch einmal ein Glied des Deutschen Reiches ist. Das ist unser Standpunkt. Es ist aber nicht möglich, diesen Gliedstaat aus dem Rahmen des deutschen Reiches loszulösen. Dafür fehlt jede Voraussetzung. Auch gegenwärtig ist es nicht schwer für Ausländer, die Voraussetzungen zu erfüllen, sich naturalisieren zu lassen, und das wird in Zukunft noch leichter werden, da es sich nur um Formalitäten handelt.

Was endlich die bürgerlichen Ehrenrechte betrifft, so macht die Regierung von ihrem Gnadenrecht, soweit es sich um Bestrafungen politischer Vergehen handelt, schon ausgiebig Gebrauch, so daß die Bedenken hinsichtlich dieses Punktes hinfällig werden.

Die gegen die Vorlage geäußerten Bedenken sind also nicht so schwer, daß die Vorlage als ungenügend angesehen werden könnte.

Walter: Ich komme eben von der Kampffront und habe eine wichtige Meldung. Ich bitte, mir außer der Reihe das Wort zu geben.

Vors.: Es muß erst abgestimmt werden. Es sind noch vier Redner eingezeichnet.

Sommer: Ich beantrage Schluß der Debatte.

Vors.: Für den Schluß? Sommer. Gegen den Schluß? Keiner.

Der Schluß wird mit überwiegender Mehrheit angenommen.

Vors.: Ich bitte diejenigen, die für den Antrag sind, daß für das 20. Jahr das 18. Jahr gesetzt werde, aufzustehen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Seitz bezweifelt, daß der Antrag abgelehnt ist. Die Abstimmung wird wiederholt. Der Antrag wird mit 58 gegen 38 Stimmen abgelehnt.

Vors.: Wir kommen dann zu dem Antrage, die Karenzzeit für die Wählbarkeit zu streichen. Die Staatsangehörigkeit würde dann bestehen bleiben. (Zuruf: Das ist ja widersinnig!) Ja, das ist widersinnig, das kann ich aber nicht ändern. Der Antrag ist so gestellt, und ich muß darüber abstimmen lassen.

Fauth: Der Antrag ist so gemeint, daß auch die Staatsangehörigkeit fallen soll.

Der so erweiterte Antrag wird gegen 11 Stimmen angenommen.

Die Vorlage wird mit der beschlossenen Aenderung angenommen.

Walter: Genossen! Ich bin eben von der Kampffront gekommen, um hier zu erreichen, daß sofort Beschluß gefaßt wird. Es muß dafür gesorgt werden, daß wir nicht meuchlings überfallen werden. Es ist ein Gefangener, ein Ueberläufer eingebracht, ein Beweis, daß mit diesen Helden nicht mehr zu rechnen ist. Er sagte, daß die Division vor nichts mehr zurückschrecke. Wir dürfen darum die Sache nicht auf die lange Bank schieben, es muß sofort gehandelt werden, die Abordnung muß sofort abgeschickt werden. (Zuruf: Die ist schon längst weg!) Dann ist die Sache erledigt.

Dann noch eins: Der Ueberläufer erzählt, daß immer noch mehr Soldaten ankämen, es seien schon jetzt mindestens 18 000 da. Es besteht die Gefahr, daß wir überrumpelt werden. Wir müssen handeln. Statt dessen beraten wir über die Bedingungen. Ich wollte schon vorher das Wort nehmen, bin aber nicht dazu gekommen, weil ich fort mußte. Auf die Aeußerung der Unabhängigen aber möchte ich sagen: Wir sind keine . . . .

Vors.: Das gehört nicht zur Sache.

Noch eins, was ich vergessen habe. Von Düe ist ein längerer Brief gekommen. Er bittet um Rehabilitierung, um Einsetzung einer Untersuchungskommission und Wiedereinsetzung in sein Amt. Dieses Ersuchen wird unterstützt von seinen gesamten Kameraden und trägt 140 Unterschriften. Ich schlage darum vor, sofort eine dreigliedrige Kommission zu wählen, die die Sache prüft. (Rufe: Fünf!) Schön, also fünf.

Es werden gewählt Husmann, Heilmann, Peil, Brauchmüller und Reimann.

Schluß der Sitzung 10 Uhr 10 Minuten.